Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatlich M. 4600 u. Bestellgeld; ins Ausland M. 6600 mit Porto. Das Leipziger Tageblatt erscht. tägl. morgens, außer Montags. Nummern, die infolge höherer Gewalt nicht erscheinen, werden nicht ersetzt. — Schriftleitung, Geschäftsstelle und Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernsprecher 170-6—170-9); ebenda und in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-)Auflage die einsp. 24 mm br. mm-Zeile M. 150.—, für auswärt. Inser. M. 270.—. Sonderpreise: Familienanz. d. Priv. die mm-Zeile M. 30.—, Gelegenheitsanz. (priv. Natur) u. Stellenangeb. die mm-Zeile M. 75.—, Stellengesuch die mm-Zeile M. 60.—, amtl. Bekanntm. Doppel-mm-Zeile M. 300.—, f. auswärt. M. 540.—. Reklamen br., die mm-Zeile M. 750.—, f. auswärt. M. 1200.—. Auslandsanz. m. Valutazuschl. Bei Wiederhol. Nachlaß. Platz- u. Datenvorsch. unverbindlich. Erfüllungsort Leipzig. Postscheck: Leipzig 5004. Druck u. Verl. Leipz. Verlagsdr. G. m. b. H. Leipzig.

Das Leipziger Tageblatt enthält amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Nr. 92 | **Einzelnummer 200 Mark** | Donnerstag, den 19. April 1923 | **Fern-Ausgabe** | 117. Jahrg.

Friedliche Reden — Unfriedliche Taten

L. G. Leipzig, 17. April

Wenn man den Eindruck, den die Rede unseres Außenministers im In- und Ausland hervorgebracht hat, auf eine einheitliche Formel bringen will, so wird man sich an die genügsame Feststellung halten müssen, daß auf jeden Fall nichts verdorben worden ist. So entspricht es wohl auch am ehesten der Persönlichkeit des Redners. Aus der Berufsdiplomatie des alten Regimes hervorgegangen, ohne durch solche Herkunft allzu schwer belastet zu sein, hat sich Herr v. Rosenberg auf allen Posten, auf die ihn die Republik gestellt hat, zuletzt als Gesandter in Wien und Kopenhagen, als ein ernster und gewissenhafter Beamter erwiesen, ohne durch sonderliche Neuheit der Ideen aufzufallen. Auch als Minister des Aeußern konnte er daher kaum die Hoffnung erwecken, daß er in den seit Jahr und Tag etwas schläfrigen Betrieb in der Wilhelmstraße — wo sich, nebenbei bemerkt, der von Herrn Hoetzsch mißbilligte Anbau der Außenseiter bis jetzt noch keineswegs durch ein Plus an Rührigkeit kundgegeben hat — besonders reges Leben bringen werde. Auch ist es ja unter den gegenwärtigen Umständen ohne Zweifel schon ein Vorteil, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten des Reiches in der Hand eines Mannes zu wissen, der offenbar einen ruhigen und nüchternen Sinn an die Vorgänge heranbringt, die im höchsten Maße geeignet sind, das vaterländische Gefühl zu unüberlegten Entschließungen aufzureizen.

Bei allem Vorzug der Nüchternheit wäre es freilich, wie uns dünkt, kein Schaden gewesen, wenn der deutsche Außenminister ein weniges von der Rechnung gesprochen hätte, die wir der europäischen Welt zu präsentieren haben, und mit der wir unseren Anspruch auf eine zum mindesten gerechte Behandlung auf das triftigste begründen könnten: Von dem Großen und gewaltig Fortschrittlichen, das für Europa in der bloßen Tatsache der in der großen Mehrheit ihrer Bürgerschaft nur auf friedliche Arbeit bedachten deutschen Republik gegeben ist. Aus scheint, daß dieser Ton in der ersten großen Ansprache, die Herr v. Rosenberg an Europa hielt, um so weniger hätte fehlen dürfen, als wir nur allzu häufig noch das europäische Echo jener gemeingefährlichen Spielereien hören müssen, die der Pariser Propaganda den willkommenen Vorwand liefern, die französische Säbelherrschaft mit der Vorspiegelung eines angeblich noch überlebenden deutschen Militarismus vor der Welt zu verschleiern.

Immerhin: insofern Rosenbergs Ausführungen den Weg der Verständigung nicht verbauten, waren sie ein angemessenes Seitenstück zu der Dünkirchener Rede Poincarés, der man nach Abzug des rein Rhetorischen (das man ja bei französischen, wie überhaupt romanischen Reden immer in Abzug bringen muß) die gleiche Tendenz zugestehen konnte und, wenn wir nicht irren, auch in den Kreisen der Reichsregierung zugestanden hat. Im Sinne der ausgezeichneten Bemerkung, die Herr v. Rosenberg über den welthistorischen Widerstreit Deutschland—Frankreich gemacht hat, muß es daher auf jeden „guten Europäer" um so peinlicher wirken, wenn jetzt die Rheinlandkommission dem Reichskommissar für das besetzte rheinische Gebiet den Stuhl vor die Tür gesetzt hat. Die persönliche Betätigung des Fürsten v. Hatzfeld, der im Juni 1921 das Amt antrat und im September des gleichen Jahres von der Botschafterkonferenz bestätigt wurde, hat der Kommission, soviel man weiß, keinen Anlaß zur Klage gegeben und kann ihr daher auch nicht die Ursache ihres jetzigen Vorgehens geliefert haben. Vielmehr denkt man sogleich an die neulichen französisch-belgischen Besprechungen in Paris und die „Maßregeln", die dort laut der amtlichen Mitteilung zur Erzwingung deutscher Konzessionen in der Ruhrfrage beschlossen wurden. Offenbar ist in der Beseitigung des Reichskommissars die erste dieser Maßregeln zu sehen, und es ist deshalb doppelt beachtenswert, daß in der Rheinlandkommission vertragsgemäß nicht nur Frankreich und Belgien, sondern auch England und die Vereinigten Staaten vertreten sind. Die Mitglieder der Kommission, die ihre Befehle aus Paris und Brüssel empfangen, setzen mit der neuesten Gewaltat nur die Reihe der mit dem Einfall in das Ruhrgebiet begonnenen feindlichen Handlungen fort. Die andern aber können dem Vorwurf der Gewissenlosigkeit, der Anklage eines groben Verstoßes gegen die nach endlichem Frieden verlangende europäische Welt nicht entgehen, wenn sie einem Beschluß zustimmten, der das Mißtrauen des deutschen Volkes gegen die französischen Absichten im Rheinland aufs höchste steigern und damit den Bemühungen um eine Verständigung schweren Abbruch tun muß.

Ein Schritt zur großen Koalition?

Sozialdemokratische Annäherung an Stresemann.

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

Breslau, 18. April.

Aus der letzten Reichstagsrede Dr. Stresemanns zieht die dem Reichstagspräsidenten Loebe nahestehende Breslauer Volkswacht bemerkenswerte innerpolitische Konsequenzen. Das führende sozialdemokratische Blatt gehörte bisher zu den ausgesprochenen Gegnern der großen Koalition im Reich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei und hat darum auch bis zuletzt mit der Haltung der schlesischen sozialdemokratischen Abgeordneten des preußischen Landtags übereingestimmt. Die außerpolitische Stellungnahme der volksparteilichen Führer in der letzten Zeit veranlaßt die Volkswacht aber zu einer Revision ihrer bisherigen Stellungnahme, zu deren ausdrücklicher Kundgabe Stresemanns Reichstagsrede jetzt den Anlaß gibt. Es wird festgestellt, daß Stresemanns Ausführungen von den Propositionen des Außenministers v. Rosenberg abweichen und mit den wesentlichen Forderungen Hermann Müllers übereinstimmen. „Hinter dieser Uebereinstimmung von Volksparteilern und Sozialdemokraten", schreibt dann die Volkswacht, „steht dasjenige Maß an Interessensolidarität von industriellen Unternehmern und Arbeitern an der nackten Existenz der Industrie, das auch vom Klassenkampfstandpunkt aus für Zeiten nicht geleugnet werden kann, in denen die Vernichtung der Betriebe droht, die Konjunktur aber eine rasche Sozialisierung schlechterdings ausschließt." Es wird begrüßt, daß diese Interessensolidarität im Unternehmertum in der Richtung auf vernünftige Außenpolitik wirke, und dann unter Angriffen gegen den Reichskanzler und Reichsaußenminister vorsichtig umschrieben, unter welchen Bedingungen sich diese Interessengemeinschaft in eine Aenderung der parteipolitischen Konstellation im Reich auswirken könne.

„Als Wunsch nach Teilung der Verantwortlichkeit mit den bei Demonstrationen immer zu früh und in der Politik zu spät kommenden Zauderer Cuno und Rosenberg wird man die Herstellung dieser neuen außenpolitischen Mindestforderungslinie zwischen Volksparteilern und Sozialdemokraten jedenfalls trotz der Höflichkeitsbezeugungen aller Fraktionsredner vor dem Amt des Außenministers nicht mißdeuten dürfen. Man würde ihre Grundlagen in der öffentlichen Meinung des Auslandes sonst sofort erschüttern, die Herrn Cuno und Rosenberg kein Kreditkonto mehr offen hält."

Englischer Widerhall der Reichstagsaussprache

Eigener Drahtbericht des Leipziger Tageblattes

London, 18. April.

Die Times, die in Kommentaren die Reichstagsrede Dr. Stresemanns sehr ausführlich wiedergibt, stellt in ihrem Leitartikel fest, daß die in der englischen öffentlichen Meinung vorhandenen Bedenken und Besorgnisse wegen der französischen Ruhraktion nicht, wie Poincaré in Dünkirchen behauptet hatte, sich gelegt hätten, sondern unverändert fortbeständen. Das Blatt stellt ferner fest, daß eine Regelung der Reparationsfrage ohne eine engere Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich nicht möglich sei.

Der Daily Telegraph bezeichnet es als besonders ungeschickt, daß von Rosenberg in seiner Etatsrede daran erinnert habe, daß Deutschland in Versailles im Jahre 1919 bereit war, 100 Milliarden Goldmark zu zahlen, während die Alliierten damals mehr forderten. Dies sei ein Argument, das man als unpolitisch bezeichnen müsse, da es auch gegen Deutschland, das jetzt so wenig biete, ausgeschlachtet werden könne. Das Blatt macht bei dieser Gelegenheit die interessante Mitteilung, daß Bonar Law seinerzeit in Versailles der einzige alliierte Staatsmann war, der dafür eintrat, Deutschlands Zahlungsplan anzunehmen.

Die Morningpost hat an eine Reihe führender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Englands einen Fragebogen geschickt, der folgende drei Fragen enthält: 1. Wieviel müßte Deutschland zahlen? 2. Wieviel kann Deutschland zahlen? 3. Wieviel hat Deutschland bereits gezahlt? Das Ergebnis dieser Rundfrage wird von dem Blatt Anfang nächster Woche veröffentlicht werden.

Ein liberaler Abgeordneter, der soeben das Ruhrgebiet besucht hat, unterstreicht in einer Unterredung mit einem Redaktionsmitglied der Westminster Gazette die äußerst gefährliche Hochspannung im besetzten deutschen Gebiet und die nervöse und ängstliche Haltung der französischen Soldaten, die geeignet sei, neue Zwischenfälle heraufzubeschwören.

*

Lord Curzon ist von seiner Reise nach Frankreich wieder in London eingetroffen. Er wird am Freitag im Unterhaus in Beantwortung einer liberalen Interpellation eine Rede über die Ruhrpolitik und über die deutschen Vorschläge halten.

Neuer Dollarsprung

Zeitweilig bis über 30000

Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. April.

Der plötzliche Umschwung, der auf dem Berliner Devisenmarkt seit gestern nachmittag eingetreten ist, und der den Dollarkurs bis in die zweite Nachmittagsstunde des heutigen Tages unter einem äußerst lebhaften Geschäft bis 30 000 emporgetrieben hat, wurde in den Wandelgängen des Reichstages heute eingehend besprochen. Der allgemeine Eindruck geht dahin, daß die Stützungsaktion der Reichsregierung, die durch die Reichsbank zur Stabilisierung des Markkurses eingeleitet wurde, nunmehr ihr Ende gefunden hat, und zwar ein Ende, das man nicht gerade rühmlich nennen kann. Wie wir erfahren, ist es in der Hauptsache auf die dringenden Vorstellungen der Industrie zurückzuführen, daß die Reichsbank die Stabilisierungsaktion eingestellt hat, wenn auch, wie versichert wird, nur vorläufig. Aus industriellen Kreisen wurde in letzter Zeit immer wieder verlangt, den Dollarkurs um 30 bis 40 Prozent des bisherigen Kursniveaus heraufzusetzen, um dadurch der deutschen Industrie wiederum die Möglichkeit zu geben, Artikel auszuführen und sie im Auslande mit Gewinn abzusetzen zu können. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die Aufrechterhaltung des bisherigen Kursniveaus in vielen industriellen Kreisen zu Arbeitseinstellungen und Arbeiterentlassungen führen mußte.

Nachdem nun die Reichsbank sich veranlaßt gesehen hat, ihre Hand von der Dollarbremse herunterzunehmen, hat sich die Spekulation sofort wieder auf die Devisen geworfen. Die Steigerung des Dollarkurses ist auf der heutigen Berliner Börse mit großer Schnelligkeit und mit solchen Begleiterscheinungen vor sich gegangen, daß sowohl die Reichsregierung als auch die Reichsbank gewisse Besorgnisse geltend machen. Infolgedessen findet, wie wir aus bestinformierter Quelle erfahren, heute nachmittag eine dringende Besprechung des Reichsfinanzministeriums mit dem Direktorium der Reichsbank statt, an der auch der Reichsfinanzminister Dr. Hermes und der Reichsbankpräsident Havenstein teilnehmen werden. Es handelt sich dabei um gewisse Vorkehrungen, die bereits im Laufe des morgigen Tages gegen die überhandnehmende Devisenspekulation getroffen werden sollen.

*

Die Nachricht von dem plötzlichen Steigen des Dollars, nachdem der Markkurs wochenlang auf der Basis von 20—21 000 stehengeblieben war, hat in den Kreisen der Konsumenten Beunruhigung hervorgerufen. Aus telephonischen Anfragen, die an uns gelangten, war durchweg zu entnehmen, daß seitens der Verbraucher eine Verteuerung der Waren des täglichen Bedarfs befürchtet wird. Um nun jedweder, müßiger Kombination vorzubeugen und unseren Lesern ein klares Bild zu geben, haben wir uns sofort mit den einschlägigen Kreisen des Handels und der Industrie in Verbindung gesetzt und durchweg die Zusicherung erhalten, daß vorerst an keine Erhöhung der Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs zu denken ist. Die Lage ist doch so, daß der Einzelhändler, als letzte Station des Fabrikationsprozesses, ehe die Ware in die Hände des Konsumenten kommt, vorläufig keine Ursache hat, eine Preisveränderung vorzunehmen. Zunächst muß doch einmal abgewartet werden, ob der zur Stunde in Erscheinung getretene Marksturz von Dauer ist und welche Wirkung diese Entwicklung bei den Grossisten nach sich zieht. Der Engroshandel selbst ist seinerseits wieder von der Fabrikation abhängig, die selbstverständlich erst eine Heraufsetzung vornehmen wird, sobald sie genötigt ist, auf Grund des neueren ungünstigen Markstandes sich einzudecken. Ausgenommen von dieser zeitlichen Wirkung sind lediglich die Branchen, die schon immer bei ihrem Rohstoffbezug auf das Ausland angewiesen waren und in dessen Währung zahlen mußten. Wir nennen hierfür als Beispiel Samte, Seide, Rohr usw. Im allgemeinen wird der Engrosmarkt erst von der Kursveränderung berührt, wenn sie mehrere Tage hintereinander anhält. Aber auch dann noch wird es einer geraumen Zeit bedürfen, ehe die Fertigwaren mit erhöhten Preisen an den Markt kommen. Denn der Weg von der Fabrik zum Kaufmannsladen ist lang und erfordert oftmals Wochen. Es ist also wohl keineswegs blinder Optimismus, so wurde uns versichert, wenn man sagt, daß eine nennenswerte Preisveränderung zuungunsten der Verbraucherschaft in den nächsten Tagen nicht zu erwarten ist. Die Berufsorganisationen werden erst anfangs nächster Woche Stellung zu der neuen Lage nehmen können. Wenn bis dahin die Situation am Geldmarkt so geklärt ist, daß wir mit einem höheren Dollarkurs rechnen müssen, dann allerdings wird eine Revision der gegenwärtigen Preise nicht zu umgehen sein. — —

Mehr als 50 Goldmilliarden

Deutschlands bisherige Leistungen.

Berlin, 18. April.

Die Internationale Handelskammer hat anläßlich ihres 11. Kongresses vom 18. bis zum 24. März 1923 in Rom eine Denkschrift „Reparationen und interalliierte Schulden" veröffentlicht. Soweit darin die deutschen Reparationsleistungen behandelt worden sind, ist sie einseitig aufgebaut auf dem Material der Reparationskommission und enthält deutsche Angaben lediglich in Form einer französischen Zeitungsmeldung, läßt aber sogar diese höchst unzuverlässige Quelle bei ihren Schlußfolgerungen und graphischen Darstellungen außer Betracht. Diese Denkschrift soll den weiteren Beratungen der Internationalen Handelskammer über das Reparationsproblem als Grundlage dienen. Abgesehen davon, daß sie erhebliche Posten überhaupt unerwähnt läßt, über deren Bewertung innerhalb der Reparationskommission selber noch keine Einigkeit erzielt werden konnte, bewertet sie die deutschen Leistungen so niedrig, daß sie von keinem unparteiischen Sachverständigen anerkannt werden kann.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag veröffentlicht daher in der Deutschen Wirtschaftszeitung im Namen der deutschen Handelskammern, die bekanntlich zur Internationalen Handelskammer nicht zugelassen sind, auf diese Denkschrift eine Entgegnung, die auch als Sonderdruck erscheinen wird. Sie stellt fest, daß die deutschen Lieferungen und Leistungen nicht, wie die Internationale Handelskammer angibt, vom 11. November 1918 bis zum 31. Dezember 1922 8,49 Milliarden Goldmark zw. nach Abzug der Besatzungskosten und Kohlenvorschüsse 3,05 Milliarden Goldmark betragen, sondern 42,78 Milliarden Goldmark, unter Berücksichtigung der gesamten deutschen Leistungen nach dem Versailler Vertrag bereits mehr als 50 Milliarden Goldmark. Es ist zu hoffen, daß diese Denkschrift des Deutschen Industrie- und Handelstages weiteste Verbreitung findet.

Beilegung der Bonar Law-Krise

London, 18. April.

Die Unionistische Partei scheint mit Erfolg nach einem Mittel gesucht zu haben, um die schleichende Bonar-Law-Krise zu lösen. Eine Anzahl Mitglieder der Regierungspartei wird heute nachmittag im Unterhause einen Gesetzentwurf einbringen, der es den Ministern und Staatssekretären gestatten zu sprechen, gleichviel welchem Hause sie als Mitglieder angehören. Durch dieses Gesetz würde es der Regierung ermöglicht, aus dem Oberhause, wo sie zurzeit im Verhältnis zur Geschäftslage zahlreich vertreten ist, Kabinettsmitglieder heranzuholen, insbesondere den Außenminister Curzon und den Kriegsminister Derby, um Bonar Law im Unterhause wirksam unterstützen zu können.

Die gestrige Budgetdebatte nahm einen ruhigen und ereignislosen Verlauf. Sie war, wie bereits angekündigt, einer Polemik zwischen Asquith und Sir Robert Horne gewidmet. Der liberale Führer machte dem damaligen Schatzkanzler den Vorwurf, daß er zu viel Steuern erhoben habe in einer Zeit, in der die englische Wirtschaft eine schwere Krise durchgemacht habe. Sir Robert Horne legte in einer ebenso langen Antwortrede dar, daß er selbst nicht erwartet habe, so umfangreiche Ersparnisse so rasch und wirksam durchführen zu können. Die übrigen Redner machten nur Vorschläge, wie man sich mit geringeren Summen für die Schuldentilgung begnügen könne.

SLUB
Wir führen Wissen.